

Ersteinst in Leipzig
Wittich, Freitag, Sonntag.
Abonnementpreis
Für ganz Deutschland 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 2. und 3. Monat, und auf den
6. Monat besonders angenommen; im
Südwesten Baden und Württemberg, im
Südosten Bayern und Preußen, Baden-
Württemberg auch auf den 12. Monat
bei Quartalet 54 Pf.
Inserate
letz. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
letz. Preisobergrenzen und Briefe pro
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Bestellungen
nehmen an alle Postämter und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfs-Expeditionen.
New-York: Soc. Democr. Gesell-
schaftsvereiner, 154 Eldridge Str.
Philadelphia: F. G. S., 430 North
2nd Street.
J. E. C., 128 Charlotte Str.
Boston N. J.: F. H. Sorge, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: A. Baerbaum, 74 Clybourne-
Str.
San Francisco: F. G. S., 436 O'Farrell Str.
London W.: G. G. S., 8 New
Golden Square.

Nr. 39.

Mittwoch, 3. April.

1878.

Abfertigung.

Die letzten Nummern des „Vorwärts“ enthalten eine Reihe volkswirtschaftlicher Artikel: „Zur Controverse über die sozialistische Werththeorie“ — welche geeignet sind, der dem Schreiber eigenen Unklarheit weitere Verbreitung zu verschaffen. Da nun aber Klarheit in volkswirtschaftlichen Dingen vor Allem noth- thut, will ich mich die Mühe nicht verbieten lassen und auf den Kernpunkt der von Herrn H. L. aufgestellten Behauptungen eingehen. Alle seine irrthümlichen und unklaren Behauptungen zu widerlegen, habe ich weder Zeit noch Lust.

Herr Professor Schäffle hat i. B. der Marx'schen Werththeorie den Vorwurf gemacht, daß dem gesellschaftlichen Bedürfnis in ihr nicht Rechnung getragen sei. Wäre dieser Vorwurf berechtigt, dann wäre diese ganze Werththeorie eben keine Werththeorie, sondern eitel Unsinn. Denn das, was wir gemeinlich den Tauschwerth nennen, was Robbertus sozialen Gebrauchswert, Marx gesellschaftlichen Gebrauchswert genannt hat, das hängt, wie schon dieser zutreffende Ausdruck andeutet, so sehr mit dem zusammen, was die Gesellschaft gebraucht, also mit dem Bedarf der Gesellschaft, daß dieses Moment bei jeder theoretischen Bestimmung und Definirung des Begriffs eine Rolle spielen muß.

Deshalb habe ich Herrn Professor Schäffle gegenüber darauf hingewiesen, daß in dem von Marx so geistvoll gewählten Ausdruck: „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ der Doppelsinn liegt, welcher nicht nur die Arbeit bezeichnet, welche nach dem jeweiligen Stande der Produktionsbedingungen zur Herstellung des Produkts erforderlich ist, sondern zugleich auch die Arbeit umfaßt, welche zur Deckung des gesellschaftlichen Bedürfnisses aufgewendet werden muß.

Ich wüßte bei Beantwortung des Schäffle'schen Angriffs, daß Marx die Sache so darstellte, konnte mich aber nicht lange mit dem Suchen nach der Belastung aufhalten und dieselbe also auch Herrn Schäffle nicht entgegenhalten. Jetzt macht mir Herr H. L. die Freude, mich auf diese Stelle hinzuweisen — wunderbarer Weise versteht er aber die dort abgedruckten Sätze, wohl weil er sie nicht im Zusammenhange betrachtet, total falsch und will aus dieser Stelle beweisen, Marx nehme gar keine Rücksicht auf den gesellschaftlichen Bedarf! Dann aber wäre, ich wiederhole es, die ganze Theorie ein leeres Hirngespinnst. Herr H. L. will also nicht mich, sondern Marx selbst aus dem Kapital widerlegen! Sonderbarer Schwärmer!

Der Kernpunkt des Angriffs lautet:
„Geradezu zweifellos wird die Sache aber durch eine Stelle, S. 67 des Kapitals, erste Auflage; dort heißt es: Gesetzt endlich jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthalten.“ „Aber — fährt Herr H. L. fort — trotzdem diese Leinwand dem Bedarf gegenüber überflüssig verausgabte Arbeitszeit enthält, besteht sie, für sich betrachtet, nur aus lauter gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit. Das ist eben nur deshalb möglich, weil unter gesellschaftlich notwendig nicht die Beziehung zum Bedarf, sondern ausschließlich die allgemeine Durchschnittsarbeitszeit zu verstehen ist.“

Mit diesen zwei Sätzen des Herrn Marx ist Herr Schramm in seiner Definition des Ausdrucks gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit vollständig geschlagen.

Ich erwidere: Mit dem Citat dieser zwei Sätze hat Herr H. L. bewiesen, daß klares Denken nicht eben seine Sache ist. Er muß doch bemerken, daß diese beiden Sätze sich total widersprechen. Hätte er nur einige Zeilen weiter gelesen, so würde er gefunden haben, wie sich dieser schreiende Widerspruch auflöst, und zwar gerade so, wie ich es gegen Schäffle behauptet habe, grade umgekehrt, wie es Herr H. L. in seinen Artikeln annimmt.

Ich bitte Herrn H. L. und alle Leser, welche das Kapital besitzen, dasselbe zur Hand zu nehmen und von Seite 65 an nachzulesen. Ich rescapitulire für diejenigen, welche das zu Buch nicht besitzen, hier kurz den Inhalt jener zwei Seiten. Er lautet:

Die Waare kann ihren Tauschwerth nur in Geld, also in den allgemein anerkannten Tauschwerth umsetzen, wenn sie ein Bedürfnis der Gesellschaft befriedigt. Was heute ein solches Bedürfnis befriedigt, ist aber vielleicht schon morgen durch einen anderen Gebrauchswert vom Markt verdrängt.

Es auch die Arbeit, wie die unseres Leinwebers, patentirtes Glied der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, so ist damit noch keineswegs der Gebrauchswert grade seiner 20 Ellen Leinwand garantiert. Wenn das gesellschaftliche Bedürfnis für Leinwand gesättigt ist, so wird das Produkt unseres Freundes überflüssig, überflüssig, und damit nutzlos.

Marx constatirt hier also einen Fall, in welchem eine bestimmte Quantität Waare werthlos wird, weil das gesellschaftliche Bedürfnis bereits befriedigt ist.

Weiter: Der Markt ist noch nicht gesättigt; der Leinweber kann verkaufen. Er erhält für die Waare — Geld. Aber wie viel? Genau den Preis, den Andere erhalten.

Er soll auf sein Produkt nur den gesellschaftlich notwendigen Durchschnitt von Arbeitszeit verausgaben haben. Der Preis der Waare ist also nur Geldname des in ihr vergegenständlicht Quantums gesellschaftlicher Arbeit.

Aber hinter dem Rücken des Webers haben sich die Produktionsbedingungen geändert; was gestern zweifellos gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit war, ist es heute nicht mehr. Er bekommt nicht seine aufgewendete Arbeit bezahlt, sondern nur so viel, als nach den neuen Produktions-Verhältnissen zur Herstellung der Waare notwendig war.

Marx zeigt hier also einen zweiten, täglich vorkommenden

Fall, wie der Werth fast aller am Markt vorhandenen Waaren durch veränderte Produktions-Bedingungen herabgedrückt wird.

Nun kommt die von H. L. citirte Stelle. Sie lautet wörtlich:

„Gesetzt endlich jedes auf dem Markt vorhandene Stück Leinwand enthalte nur gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Trotzdem kann die Gesamtsumme dieser Stücke überflüssig verausgabte Arbeitszeit sein.“

Bernag der Markttag das Gesamtquantum Leinwand, zum Normalpreis von 2 Schl. pro Elle, nicht zu absorbiren, so beweist das, daß ein zu großer Theil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitszeit in der Form der Leinweberei verausgabte wurde. Die Wirkung ist dieselbe, als hätte jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit auf sein individuelles Produkt verwandt.

Dies heißt's: Ritgefängen, mitgegangen. Alle Leinwand auf dem Markt gilt nur als ein Handelsartikel, jedes Stück nur als ein aliquoter Theil. Und in der That ist der Werth jeder individuellen Elle ja auch nur die Materialur desselben gesellschaftlich bestimmten Quantums gleichartiger menschlicher Arbeit.“

Wer lesen kann, sieht aus dem Wort „endlich“ schon, daß Marx hier einen letzten Fall auführt, in welchem die auf die Herstellung der Waare verwendete gesellschaftlich notwendige Arbeit in ihrer werthbildenden Kraft beeinträchtigt wird.

Im ersten Fall würde ein bestimmtes Quantum Waare werthlos, weil das gesellschaftliche Bedürfnis gesättigt war. Im zweiten Fall verliert der größte Theil der zum Markt gebrachten Waare etwas an seinem Werth, weil sich die Produktionsbedingungen inzwischen geändert haben. Im dritten, hier vorliegenden Fall verliert alle am Markt befindliche Waare an Werth, weil mehr Arbeitszeit zur Herstellung verausgabte wurde, als zur Deckung des gesellschaftlichen Bedarfs notwendig war.

Was der Markttag absorbt, ist der gesellschaftliche Bedarf. Dieser gesellschaftliche Bedarf wirkt hier grade so, wie Marx ausdrücklich hervorhebt, als wenn jeder einzelne Leinweber mehr als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit bei Herstellung seines Produkts verwendet hätte. Der gesellschaftliche Bedarf wirkt also bestimmend auf den Werth ein. Er wirkt aber nicht auf einzelne Ellen, wie im ersten Fall — sondern auf alle vorhandene Leinwand, also auch auf jede einzelne Elle, deren Werth, wie der letzte citirte Satz ausdrücklich betont, nicht nur durch die zur Herstellung, sondern auch durch die zur Deckung des Bedarfs notwendige Menge (gesellschaftlich bestimmtes Quantum) gleichartiger menschlicher Arbeit constituirte wird.

Im ganzen „Kapital“ findet sich keine Stelle, an welcher der Einfluß des gesellschaftlichen Bedarfs so scharf, klar und unzweideutig anerkannt wird, als grade hier. Und aus dieser gar nicht mißzuverstehenden Stelle liest Herr H. L. das direkteste Gegentheil von dem heraus, was darin ausgesprochen ist!

Es ist wohl nur blinder Autoritätsglauben, der den Herrn veranlaßt hat, eine Lanze für Marx gegen mich einzulegen und mir vorzuwerfen, daß ich mit meiner Definition die vollständige Demolirung der Marx'schen Werththeorie verurtheile. Da nun aber Marx, wie doch aus den citirten Sätzen unzweifelhaft hervorgeht, die Sache thatsächlich so meint, wie ich sie definiert habe — und er kann sie vernünftiger Weise gar nicht anders meinen — so passirt unsern braven und gutwilligen H. L. das Malheur, seine Lanze gegen Marx selbst eingelegt zu haben, den er doch vertheidigen wollte! Er behauptet also, ohne es zu wissen, Marx sei der Demolirer der Marx'schen Werththeorie! Armer H. L.! Es ist gut für dich, daß Niemand Deinen Namen kennt!

Wie kann denn aber auch nur ein Mensch auf den horrenden Gedanken kommen, daß der menschliche Bedarf bei der Bestimmung des Tauschwerthes gar nicht in Rechnung gezogen zu werden brauche?

Mag Herr H. L. sein ganzes Leben lang mit dem größten Fleiß und unter Anwendung aller technischen Hilfsmittel Papierpeile machen; wenn die Gesellschaft das Zeug als unnützes Kinderspiel nicht gebrauchen kann, wird all seine Mühe und Arbeit nutzlos gewesen sein; kein Mensch wird anerkennen, daß er „gesellschaftlich notwendige Arbeit“ verrichtet, Werth erzeugt hat, sobald seine Waare nicht Verwendung zur Befriedigung des gesellschaftlichen Bedarfs findet.

Herr H. L., der diesen Zusammenhang nicht verstehen kann, titelt sich ein wichtig sein solches Beispiel von einem Fabrikanten heraus, der statt 1000 Ellen nur eine Elle Leinwand fabrizirt haben soll und fragt dann klug, ob denn nun in dieser einen Elle auch so viel Werth stecke, wie in den 1000 Ellen?

Hätte Herr H. L. Marx oder auch nur Marx Werth verstanden, dann würde er solche kindliche Frage nicht stellen. Unmittelbar vor den von ihm citirten Sätzen sagt Marx: In seinem Unglück giebt es viele Weber auf dem Markt. Werth Herr H. L. denn nicht den Unterschied, den er in seinem Beispiele übersehen hat, in dem von ihm gedachten Fall von dem Inhaber eines Monopols die Rede ist? Bei einem faktischen und rechtlichen Monopol ist von gesellschaftlich notwendiger Arbeit weder in dem einen, noch in dem andern Sinn die Rede. Ein solcher Monopolist kann mit den veraltetsten Werkzeugen arbeiten, Preise fordern wie er will — an den Verkäufelungen der Gesellschaft wird kein vernünftiger Mensch den Organismus der Gesellschaft studiren und demonstrieren.

Doch genug. Herr H. L. wird hessentlich nun selbst einsehen, daß er sich gründlich blamirt hat. Ich habe weder Lust noch Zeit, mich mit der Widerlegung der übrigen falschen Vor-

stellungen zu beschäftigen. Die Genossen mögen an diesem einen Punkt ermessen, was von dem sonstigen Geschreibsel zu halten. Ich meine, die Welt hätte nichts verloren, aber etwas Drucker- schwarze gespart, wenn es ungedruckt geblieben wäre.

C. K. S.

Sozialpolitische Uebersicht.

Die politische Situation hat sich in den letzten Tagen derart verschlimmert, daß ein friedlicher Ausgleich der Differenzen, zunächst zwischen England und Rußland, kaum mehr möglich erscheint und wir jede Minute auf die Kriegserklärung gefaßt sein müssen. Die russische Regierung hat nach längerem Hinziehen das Verlangen Englands, alle Bestimmungen des Präliminarfriedens von San Stefano dem Congreß zu unterbreiten, abschlägig beantwortet. In Folge dessen ist der einzige „Friedensminister“ in England, Lord Derby, aus dem Kabinete ausgeschieden, und hat dieses die sofortige Einberufung der Reserve angeordnet.

Inzwischen ist Ignatiew, der berühmte Charlatan-Diplomat und Einsäbler des russisch-türkischen Krieges, in Wien eingetroffen, um die österreichische Regierung von der englischen Allianz abzuhalten und für die Theilung der Türkei zu gewinnen. Rechtfertigt Herr Andrassy das Vertrauen der Russen in seine — Stupidität nicht, d. h. weiß er die russischen Danaergeschenke zurück (die den Desirirenden ja doch später wieder abgenommen würden — Siehe das „Testament Peters des Großen“), dann wird Rußland vielleicht schließlich noch klein beigegeben und England durch weitgehende Conzessionen beruhigt. Indes der Verstand des Herrn Andrassy ist kein Faktor, mit dem man rechnen kann, und Oestreich wird sich wohl über den Vössel barbarieren lassen, wie immer. In diesem Fall giebt Rußland den Engländern natürlich nicht nach, und der Ausbruch des Krieges ist unvermeidlich.

Und was wären dann die beiderseitigen Chancen? Die russische Militärmacht in der europäischen Türkei — Rumänien nicht eingeschlossen — beträgt höchstens 200,000 Mann, die über ungeheure Landstrecken zerstreut sind und durch Typhus und andere Epidemien dezimirt werden. In Constantinopel und Gallipoli haben die Türken ziemlich starke Streitkräfte versammelt, die nach den neuesten Berichten gegen einen russischen Handstreich genügen sollen; außerdem wird in allen nicht von den Russen besetzten Theilen der Türkei eifrig rekrutirt. Die Engländer können sofort, binnen zehn Tagen 70,000 Mann an jeden beliebigen Punkt der türkischen Küste werfen, nach Gallipoli, nach Constantinopel, nach Warna, das, gleich Schumla, noch in den Händen der Türken ist, und von wo aus die russische Armee südlich des Balkan sehr leicht in die gefährlichste Lage gebracht werden könnte. Dazu kommt, daß England bei seinen ungeheuren Ressourcen, und weil es durch seine insulare Lage gegen jeden Angriff geschützt ist, den Krieg Jahrzehnte lang aushalten und mit immer größeren Truppenmassen operiren könnte, während Rußland schon jetzt erschöpft ist. Ja ohne eigentlich Krieg zu führen, kann England das russische Reich lahm legen, indem es ihm alle Küsten und Secausgänge blockirt und seinen Handel vollständig zerstört.

Man sieht, auch wenn Oestreich neutral bliebe, wäre ein Krieg Rußlands gegen England ein Wagnis, das aller Vorberechnung nach nicht zum Vortheil Rußlands ausfallen würde. Freilich die Russen sind durch ihre Wohlfeilen, sicherlich nicht ihrem Verdienst zuschreibenden „Erfolge“ so aufgebläht worden, daß sie dies schwerlich begreifen werden. Sie sollten sich an das Telegramm erinnern, daß Großfürst Nikolaus nach der vorletzten Schlacht von Plewna, am 1. August vor. Jahres, an den rumänischen Jwergfürsten richtete:

„Kommen Sie uns zu Hilfe, Hoheit, sobald als möglich; wir gestehen Ihnen alle gewünschten Bedingungen zu; sehen Sie mit Ihrer Armee über die Donau, sonst sind wir Alle verloren und die Sache der Christenheit (das heißt der russischen Räuber und Worbrenner) vom Untergange bedroht!“

Wer weiß, wie lange es dauert, bis die Russen wieder in der Lage sind, ähnliche Nothschreie auszustößen. Apropos die Versprechungen dieses Telegramms sind echt zarisch gehalten worden: zum Dank für die Hilfe, welches Rumänien den bedrängten Russen auf deren Flehen gewährte, soll es jetzt von ihnen zerstückt, eines wichtigen Landstrichs beraubt werden!

Der preussische Landtag ist Sonnabend den 30. März geschlossen worden. Die „Magdeburgerische Zeitung“ erklärt, daß die meisten Abgeordneten die Schlußsitzung gar nicht abgewartet, sondern mißmuthig über die resultatlose Session sich zur Eisenbahn begeben hätten. Bei der dritten Besung hatte der Nachtragetat dasselbe Schicksal, wie bei der zweiten. Der Vicepräsident wurde angenommen, der Eisenbahnminister abgelehnt. Unter der Führung des Errevolutionärs Gneiss stimmten 75 Mitglieder der nationalliberalen Partei für die Regierung mit den Conservativen, 60 Mitglieder verharren in der „halben“ Opposition.

Mit welchen Mitteln auch in Deutschland die „Ordnungspartei“ kämpft, das zeigt uns der Beschluß der Wahlprüfungscommission des Reichstags vom 28. März, der die Beanstandung des antisozialistischen Abg. Karsten (Altona), des Candidaten der vereinigten Fortschrittler, Conservativen und Gesundheits, ausgesprochen und hinsichtlich des Protestes der sozialdemokratischen Partei, daß Stimmen für Karsten gegen Bestechung von 50 resp. 25 Pfennig erkaufte worden, die

Einleitung einer gerichtlichen Untersuchung beschlossen hat. Daß bei Gelegenheit einer Besprechung der Altonaer Wahl im Reichstage noch ärgere Verletzungen als diejenigen bei der Besprechung der Ottenen-Pinneberger Wahl zu Tage treten werden, dies können wir jetzt schon unsern Lesern mittheilen.

Der dem Reichstage zugegangene Gesetzentwurf, betr. den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen enthält in seinem ersten Theil Vorschriften, welche die Kontrolle der Sanitäts-Polizei des Gewerbebetriebes mit jenen Gegenständen erleichtern sollen, und in seinem 2. Theil Strafvorschriften. Durch die letzteren wird nur § 367, Nr. 7 des Strafgesetzbuches aufgehoben, wonach das Feilhalten verfallener Geware und Getränke mit Geldstrafe bis 150 M. oder Haft bestraft wird, während § 9 des neuen Entwurfs die vorsätzliche Verfälschung von Nahrungs- oder Genussmitteln zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr und das wissentliche Feilhalten solcher Handelsartikel mit Gefängnisstrafe bis zu 6 Monaten und Geldstrafe bis zu 1500 M. bedroht. Tritt dabei noch eine Vermögensbeschädigung des Käufers hinzu, so findet auch § 263 des Str.-G.-B. Anwendung und der Thäter würde in idealer Concurrenz wegen Nahrungsmittelec. Verfälschung zu bestrafen sein. Eine neue Strafbestimmung enthält der Entwurf im § 11, wonach die Verfälschung von Nahrungsmitteln ec. und das Feilhalten derselben, wenn sie die menschliche Gesundheit zu schädigen geeignet sind, mit Gefängnis, ev. mit Verlust der bürgerlichen Rechte zu bestrafen ist. Das Strafgesetzbuch kennt nur eine Strafe — und zwar Zuchthaus (§ 324) — wenn der Genuß die menschliche Gesundheit zu zerstoren geeignet ist. Diese Bestimmung des Strafgesetzbuches ist in einer allgemeineren Fassung als § 12 in den Entwurf aufgenommen worden.

Eine Tabaks-Enquete. Dem Bundesrath ist Seitens des Reichsfinanzamts ein Gesetzentwurf zugegangen, der eine statistische Feststellung des Umfangs der Tabakfabrikation und des Handels mit Tabak für das deutsche Reich bezweckt. Der Gesetzentwurf umfaßt 8 Paragraphen, von denen der § 2 die Arten der Tabakfabrikation und des Handels mit Tabak aufzählt, die der statistischen Erhebung unterworfen sind, während die übrigen Paragraphen theils die Strafen für ungenügende oder absichtlich falsch gemachte Angaben Seitens der Fabrikanten feststellen, theils die Deckung der Kosten, die durch die Enquete dem Reiche erwachsen, regeln. Die Tendenz des Gesetzentwurfs stellt außer Zweifel, daß die Reichsregierung unter allen Umständen die Tabaksteuer selbst gegen den ausgesprochenen Willen des Volkes und event. auch gegen den Willen seiner jetzigen Vertretung durchzusetzen willens ist. Da aber der Wille des Volkes heutzutage sehr leicht wiegt und die Herren Volksvertreter bekanntlich gern mit sich handeln lassen, so können wir schon jetzt in dem Vorgefühl einer neuen und zwar sehr erheblichen Anzapfung des Volkssäckels schwelgen — und das Alles, trotz Arbeitslosigkeit, Nothstand und Hungertypus.

Deutsche Justiz. Unsere Leser erinnern sich, daß Fürst Bismarck in seinem famosen Prozeß mit Dieß-Daber als „Cavaliergeneral“ den Kompetenzeinwand gegen das Civilgericht erhoben hat. Wie wir jetzt hören, hat das Berliner Stadtgericht den Einwand für begründet erachtet und den Kläger (Dieß-Daber) abgewiesen. Wird der Entscheid des Stadtgerichts von den höheren Instanzen bestätigt, so wird Herr Dieß-Daber es mit dem Militärgericht zu versuchen haben. Ob Fürst Bismarck dann sich in seine Civileigenschaft hüllen, und den umgekehrten Kompetenzeinwand erheben wird? Hindernis kann ihn Niemand, und wenn das Militärgericht dem Beispiel des Civilgerichts folgt — wozu es, bei der notorischen Civilstellung des Fürsten Bismarck, hundertmal mehr Berechtigung hat — dann kann Fürst Bismarck und Alle, die in ähnlicher Lage sind, überhaupt nicht verklagt werden. Sehr „nette Zustände“ das!

Aus der Moltke'schen Bildungsschule. Am 23. März, dem Tag nach Kaisers Geburtstag, wurde in Frankfurt a. M. von Soldaten, die den Festtag gefeiert hatten, am hellen Tage und auf offener Straße ein Skandal verübt, wie ihn Rosaken in Feindesland nicht schamloser insceniren könnten. Wie unser Frankfurter Parteiorgan berichtet, spielte sich am genannten Tage, Morgens 7 Uhr, vor den Augen der Bewohner der benachbarten Häuser, der von der Bahn kommenden Reisenden und einer großen Anzahl Schulkinder folgende schenliche Scene ab: Auf der Schulter eines Kameraden sah ein, eine große Papierbütte auf dem Kopfe tragender Soldat; diesem folgten Tambour und Pfeifer, welche einen Feindeslärm verursachten und auf diese Weise das Publikum anlockten. Dann kam, von Soldaten am Arme geführt, ein Frauenzimmer, welchem die Kleidungsstücke

über der Taille zusammengebunden waren, also bis zur Hälfte des Körpers vollständig nackt. Die abscheulichen Handlungen, welche vor den Augen des Publikums begangen wurden, entziehen sich jeder Beschreibung. Der Zug bewegte sich über den Kaiserhof nach der Straße, woselbst man die Mißhandelte ihrem Schicksal überließ. Seltsam ist es, daß sich kein „Vorgefahreter“, deren doch so viele in der Kaserne wohnen, veranlaßt fühlte, diesem schändlichen Benehmen Einhalt zu gebieten. Ebenso seltsam ist es auch, daß die Soldaten sich zu diesem Skandal der Trommel und der Pfeife bedienen konnten und daß auch da keine Einsprache erfolgte. Die Kaserne bleibt aber trotz derartigen Vorkommnisse doch noch die beste Bildungsschule. Nicht wahr, Herr Moltke?

In Frankreich feiert die „blaue Republik“ ihre Reaktionsorgien. Während das Kriegsgericht ein neues Opfer, den 73-jährigen Kattungehner Garcin wegen angeblicher Theilnahme an der Tödtung des Generals Lecomte dem Blei oder ewigem Gefängnis überliefert, läßt die Regierung in Paris eine förmliche Kazzia gegen vermeintliche Sozialisten und Internationale unternehmen. Hausdurchsuchung folgte in den letzten Tagen auf Hausdurchsuchung (auch bei Buffenoir) und eine Anzahl Verdächtiger wurde verhaftet, von denen vier noch immer in Haft sind: zwei Italiener, Zanardelli und Costa, ein Franzose und eine Kassin. Unter den Verhafteten, die wieder in Freiheit gesetzt wurden, befindet sich Gursbe, Redakteur der „Egalité“, gegen den aber ein Prozeß eingeleitet werden soll. Und das ist bekanntlich gleichbedeutend mit Verurtheilung. Die Behörden sind offenbar der verrückten Ansicht, die alte Internationale, welche in Frankreich verboten ist, solle wiederhergestellt werden, oder vielmehr, sie sei wiederhergestellt worden und habe, um sich gleich mit einem Probestück einzuführen, die verschiedenen, sich seit einiger Zeit in Frankreich abspielenden Strikes in Scene gesetzt — ein Blödsinn, der nur in einem vernagelten Bourgeoisirne auftauchen kann.

Die Weber von Blackburne (England) werden den Strike proklamiren müssen, da die Fabrikanten auf der 10prozentigen Lohnherabsetzung beharren, die Weber dieselbe aber nicht annehmen zu können erklären. Ein Strike der Kohlengrubenarbeiter von South-Yorkshire und North-Devonshire, der wegen einer den Arbeitern proponirten Lohnherabsetzung von 7 1/2 Prozent auszubrechen drohte, ist in letzter Stunde dadurch beseitigt worden, daß die Arbeiter sich einen Lohnabzug von 5 Prozent gefallen lassen. So sind es immer und stets die Arbeiter, welchen zugemuthet wird, den ohne ihr Verschulden entsetzenden Profitausfall der Kapitalisten durch Abzüge von ihrem lauer verdienten Groschen zu decken.

Den russischen „Culturkampf“ in Bulgarien schildert ein russischer Correspondent der russischen „Nationalzeitung“ mit Citaten aus russischen Blättern in einem längeren Artikel, dem wir einige der charakteristischsten Stellen entnehmen müssen. Die russischen „Befreier“ — und das ist der Kern des Artikels — haben bald ein, daß es nicht ohne Ragaita, die berühmte Knute, gehe. „Und hier kommt, bemerkt dazu der Correspondent der „Nat.-Ztg.“, die gutmüthige, naive, russische Natur wieder zum Vorschein: oft wird den Bulgaren ärger zugefügt, als den Türken; denn der Türke betrügt sich anständig, der Bulgare stiehlt und verübt allerlei Ungehähr.“ Der Correspondent der „Nationalzeitung“ und mit ihm die „Nationalzeitung“ selbst, hätte es offenbar für praktischer gehalten, wenn die „anständigen“ Türken geknüttet worden wären. Ein Russe, dem diese Knutenkultur nicht recht gefallen wollte, bemerkt zu einem der russischen Bezirksvorsteher: „Sie vergessen aber, daß wir gekommen sind, sie zu befreien! Und nun kommen sie mit der Ragaita!“ „Glauben Sie mir“, antwortet der Bezirksvorsteher, „für die Bulgaren besteht die beste Befreiung in der Knute!“

Es ist selbstredend, aber doch höchst belustigend, daß die „befreiten“ Bulgaren die Kosten der Organisation mit der Knute selbst bezahlen müssen. „Vor Allem“, heißt es in dem Artikel der „Nat.-Ztg.“, „wurde von der russischen Regierung festgestellt, daß alle Ausgaben für die Organisation Bulgariens von den Bulgaren bestritten werden müßten. Daran wurde ein Etat für die Organisatoren entworfen, welcher bestimmt, daß der russische Gouverneur der Provinz 13 bis 17,000 Rubel jährlich beziehen solle, der Vicegouverneur 4500, der Bezirkschef, der Polizeimeister 4000 ec. Dann wurde der Gouverneur ernannt in der Person des Fürsten Tscherskoff, mit der völlig unbeschränkten Vollmacht, seine Untergebenen frei zu bestimmen. Dies geschah alsbald (nämlich unmittelbar nach dem Bruch-Uebergang) und von da ab bezogen diese Beamten ihren Gehalt von Bulgarien, welches bekanntlich erst ein halbes Jahr später in Besitz genommen wurde.“

Ein Beitrag zur Brutalität der sogenannten gebildeten Leute.

Man schreibt uns: Ein würdiges Seitenstück zu der aus Börsen dem „Vorwärts“ in Nr. 19 vom 15. Februar d. J. gemeldeten Schandthat sogenannter gebildeter Leute kann ich Ihnen aus Riegel (Großherzogthum Baden) berichten. Hier wie dort handelt es sich um Thaten „gebildeter“ Rohheit der brutalsten Art; dort wie hier haben Gericht und Staatsanwaltschaft in seltener Uebereinstimmung mit gleich bewundernswürdigem Eifer der Sache sich angenommen, in Röstig wie in Riegel ist es die nämliche flagrante Rechtsverweigerung — und in beiden Fällen ist das Resultat eine getreue Illustration zu dem höchst verdächtig gewordenen Satz:

„Justitia fundamentum regnorum“?!

was, in's richtige Deutsch übersetzt, wohl heißen müßte:

„Der Staat ist in Gefahr!“

Da lob' ich mir doch noch die Kanieren der Kannibalen aller uncivilisirten Länder; wenn die ihre Opfer umgebracht haben, so fressen sie dieselben doch auch noch auf, wodurch den betreffenden Angehörigen wenigstens die Kosten für Arzt, Apotheker und Leichendebengniß erspart bleiben. Solche Kannibalen handeln in dieser Beziehung noch human im Vergleich zu den unsrigen, wie in Röstig ec. ec.

Ich will nun ohne weitere Bemerkungen zu den Thatfachen übergehen.

Die „Breisgauer Zeitung“, ein liberaler Amtsverköndiger on gros, berichtet hierüber folgendes:

„Vom Kaiserstuhl, 3. Februar. Aus Riegel habe ich Ihnen einen Akt rohester Brutalität zu melden. Bei einem am letzten Montag Abend in einer dortigen Wirthschaft entstandenen Wortwechsel wollte ein Riegeler Bürger vermitteln. Zum Dank hierfür wurde der Vermittler bei einem darauf entstandenen Tumult von sechs Burken auf die unmenslichste Art mißhandelt. Zu Boden geworfen, schleppten die Barbaren den gänzlich Wehrlosen durch eine Seitenthür in den

Hof, wo sie mit Faustschlägen und Fußtritten so lange auf den unglücklichen einschlugen, bis derselbe benimmungslos liegen blieb. An inneren und äußeren Verletzungen liegt der Bedauernswertige, welcher einer der achtbarsten Bürger Riegels ist und noch keinem Menschen ein Leid zugefügt hat, jetzt schwer darnieder und haben bereits mehrere Aerzte denselben in Behandlung übernommen. Ohne Zweifel werden die unheimlichen Mißthäter der gerechten Strafe nicht entgehen, da der Vorfall der großherzoglichen Staatsanwaltschaft in Freiburg bereits angezeigt ist.“

Ueber die sechs Burken will ich nur bemerken, daß drei davon den sogenannten besseren Ständen angehören und ein jeder von ihnen sich einbildet, „gebildet“ zu sein; die übrigen drei sind — um einen Vergleich zu gebrauchen — in der menschlichen Gesellschaft das, was in einem Faß zurüchleibt, wenn man neuen Wein zum ersten Mal darans abzieht — alle sechs aber brauchen bezüglich ihrer Rohheit keine Konkurrenz zu scheuen.

Wenn ich nun erwähne, daß der Verletzte, dessen ganzer Körper Spuren der von den „platonischen Kannibalen“ erhaltenen Mißhandlungen nachwies, unter ungeheuren Schmerzen fünf lange Wochen in ärztlicher Behandlung das Bett hüten mußte und wohl ebenso lange Zeit noch arbeitsunfähig bleibt; wenn ich sage, daß der behandelnde Arzt sowie ein Professor der Universität Freiburg nebst Verletzung der Nieren auch noch Rückenmarkerschütterung in Folge der erhaltenen Verletzungen konstatiert haben — nach alledem wird man doch wohl zu der Annahme berechtigt sein, daß die Mißthäter, welche an der Gesundheit eines Menschen einen frevelhaften Raub verübt haben, gerechte und strenge Strafe getroffen habe. . . . eine solche Annahme wäre doch gewiß berechtigt, nicht wahr? Berechtigt schon, wenn Recht — Recht wäre und Frau Justitia nicht mehr mit verbundenen Augen abgebildet würde!

Das Amtsgericht Emmendingen als Untersuchungsgericht aber schickte dem Verletzten ein Schreiben des Inhalts, daß die Untersuchung eingestellt sei, weil keine bestimmte Person als Thäter

Weiterhin heißt es dann: „Fürst Tscherskoff war ein Mann von Ueberzeugung, von strenger Moskauer Ueberzeugung, und liebte daher keinen Widerspruch. In dieser Stimmung wünschte er für die Civilverwaltung seiner Provinz keine Leute, welche etwa eigene Ansichten haben könnten, sondern solche, die unbedingten zur Sache ständen. Er vermied also scharfsichtig die Ernennung irgend eines russischen Beamten, der mit Civilverwaltung schon einmal in Berührung gekommen war, entschied sich vielmehr vollkommen für die Ernennung von jungen Offizieren, von welchen er erwartete, daß sie von Civilverwaltung keine eigene Ahnung haben, dafür aber recht fest in der Disziplin sein würden. Sein Beamtenheer glänzte nun auch von den Uniformen junger Gardeoffiziere aus den Salons von Petersburg. Wer von ihnen sich etwa einfallen ließ, darüber Gedanken zu haben, daß er nichts von der Sache verstehe, dem wurde erklärt, er brauche nichts zu verstehen, da er Alles nach genauen Instruktionen auszuführen haben werde. Aber die neuen Beamten saßen Monate lang da, ohne Instruktionen zu bekommen, und als endlich der Eine und Andere etwas zu thun bekam, da klagten die Ersthaften bitter, sie seien genöthigt zu handeln, wie Gott es der Seele einbebe, oder wenn einmal eine Instruktion vorliege, so sei sie unausführbar.“

Kein Wunder, daß sogar der russische Correspondent der russischen „Nationalzeitung“ schließlich kessend getrieben muß: „In Bulgarien scheint der Versuch russischer Verwaltung recht sehr mißglückt zu sein.“ Als ob die Russen je anders verwalten hätten! Uebrigens war Tscherskoff vom russischen Verwaltungshauptamt aus ein wahres Genie. Binnen 10 Monaten gelang es ihm, etliche Millionen Rubel zusammenzustehlen. Freilich der „rothe Fürst“, wie sich dieser saubere Baron auf Grund einiger panlawistisch-nihilistischen Krastphrasen benamten ließ, war so — unrusisch, daß 11. Gebot nicht zu befolgen. Er wurde erwürgt und schoß sich am 3. März eine Kugel durch den Kopf — die einzige „befreiende That“, welche er gegen die armen Bulgaren und andere „unterdrückte Nationalitäten“ jemals verübt hat.

Das gesammte Druckerpersonal der „West. Fr. Presse“ war am 21. März vor den Untersuchungsrichter citirt, um darüber Ausschluß zu geben, wer das Manuscript eines am 18. September v. J. in der „West. Fr. Pr.“ veröffentlichten Artikels geschrieben, in Empfang genommen und gesetzt habe. Wie vorauszusehen, war Niemand der Bernommenen im Stande, hierüber bestimmte Aussagen zu machen, und der Untersuchungsrichter selbst dürfte heute schwerlich anders als durch die Alten angeben können, womit er sich am 18. September 1877 beschäftigte.

Das Organ der Jurasser (Anarchisten), „Le Bulletin“, hat am 25. März sein Erscheinen „suspendirt“. Die Motive dieser Maßregel, heißt es in der letzten Nummer des Blattes, sind: die Verminderung der Abonnentenzahl seit Januar, und die geringe Regelmäßigkeit, mit der die Abonnementsgelder für das vorige Jahr bezahlt wurden.“

Die Neue Gesellschaft, Monatschrift für Sozialwissenschaft, Herausgegeben von Dr. F. Wiebe. Das vor uns liegende sechste Heft enthält: Die Arbeit ist die Quelle des Nationalreichtums von Joh. Most. — Die Nichtberechtigung der ungleichen Arbeitsentlohnung im Zukunftsstaate von Emil Brud. — Zum Kapitel der Frauenfrage von Dr. W. Lehn. — Die Theorie der „Anarchie“ von Dr. A. Mühlberger. Nachwort der Redaktion. — Das Licht der Erkenntnis von J. Diezgen. I. — Zur Geschichte der ungarländischen Arbeiterbewegung von Sigmund Politzer. I. — Der „Staats-Sozialist“ und die freie Wissenschaft von G. Schaumann. — Recensionen von Prof. G. v. Arx, Dr. A. Mühlberger und G. Schaumann. — Mittheilungen der Redaktion.

Die Zeitschrift ist durch alle Buchhandlungen quartaltlich für 3 Mark — Fr. 3,75 zu beziehen.

Correspondenzen.

Moskau. Bei Beginn des russisch-türkischen Krieges waren wir Sozialisten von vornherein überzeugt, daß dieser Krieg einer von jenen vielen Raubzügen sei, die die russische Regierung gegen fremde Völker von Zeit zu Zeit zu unternehmen pflegt; wir wußten genau, daß die „Befreiung der Christen vom Türkenjoch“ nur ein Vorwand war, durch welchen die habgierigen Pläne der russischen Machthaber verdeckt werden sollten. Wir sagten uns, daß eine Regierung, die mit dem eigenen Volke ganz nach Belieben verfährt, unmöglich die freirechtlichen Interessen

bezeichnen werden konnte. — Sechs Personen wurden vom Verletzten als Thäter angegeben — und doch schreibt das Amtsgericht Emmendingen: es konnte keine bestimmte Person als Thäter bezeichnet werden! Ich will Ihnen auch sagen warum: weil kein einziger Zeuge vom Untersuchungsrichter verhört worden ist. Ein Gensdarm aus Ebdingen, Diemer heißt er, hat 10 Tage nach geschehener That bei einigen Zeugen, lauter vom Hauptbeschuldigten abhängigen Leuten, sogenannte „Erhebungen“ gemacht, und darauf hin schrieb und entließ das Amtsgericht Emmendingen: „es konnte keine bestimmte Person als Thäter bezeichnet werden“. . . . Da soll man bei Gericht noch sein Recht suchen, wenn man kann.

So geschahen im Jahre eintaufendachtundachtundsiebenzig im weltbekannten Musterstaat Baden.

Jetzt soll noch einmal Einer sagen: „Justitia fundamentum regnorum“ — als einzige Antwort rufe ich aus voller Brust: „Hoch lebe die Sozialdemokratie!“

Berurtheilungen. Vom Mannheim'schen Schwurgericht wurde am 27. März gegen den Baron Ernst von Linden und den Buchhändler Schabelitz wegen Hochverrats, Majestäts- und Bismarckbeleidigung, begangen durch die Herausgabe einer Broschüre in contumaciam verhandelt. Die Kaiserbeleidigung wurde von den Geschworenen verneint, die Frage betreffs Hochverrats und Bismarckbeleidigung wurde bejaht und demgemäß Linden mit zwei Jahren und zwei Monaten Festungshaft und sechs Monaten Gefängnis; Schabelitz mit einem Jahr drei Monaten Festung und drei Monaten Gefängnis bedacht.

Serbische Kultur. In den serbischen Gefängnissen schmachten gegenwärtig 1100 sogenannte „politische Verbrecher“, welche wegen eines, bios in der Phantasie des Ministers Nisits und seiner Polizeicreaturen bestehenden, „Aufstandsversuches“ und wegen eines angeblichen „Attentates“ auf das Leben des „Landesvaters“ Milan, in Haft genommen wurden. Die den Gefangenen zur Last gelegten Verbrechen

anderer Völker zu wahren im Stande sei; und zum Beweise dessen, wie schwer das russische Volk misshandelt und gepeinigt wird, sei hier der Auszug aus einem Briefe wiedergegeben, den ein abgelehnter russischer Staatsanwalt an die „Ruskoje Obozrenie“ (Russische Rundschau) gerichtet hat. Dieser Brief beweist mehr, als wir, die russischen Sozialisten, zu sagen in der Lage wären. Er lautet folgendermaßen:

Herr Redakteur! Die im Folgenden angeführten grauzigen Thatsachen haben in mir schon öfter den Gedanken wachgerufen, mir ein anderes Vaterland aufzusuchen, um nicht mehr Zeuge zu sein von Greuelen, wie ich sie erlebt habe. Ich gab meinen Vorfahr aber stets wieder auf, nur um meinen Posten nicht zu verlassen. Da aber alle meine Bemühungen, den von mir entdeckten Uebeltänden abzuhelfen, fruchtlos blieben, so bringe ich sie hiermit an die Öffentlichkeit, vielleicht daß dann Wandelung eintritt.]

Seit dem Jahre 1871 war ich als Staatsanwalt bei dem Drenburger Gouvernements-Gerichte angestellt. Als solcher mußte ich alle Gesezesausführungen und Verleugungen überwachen, was ich auch sehr gewissenhaft that. Meine Strenge im Ueberwachen der Geseze führte mir viele Feinde unter der ganzen Drenburger „noblen“ Gesellschaft zu. Auf Anordnung des Justizministers hatte ich die Revision der Gerichtsinstitutionen des Drenburger Gouvernements vorzunehmen, wozu ich 4 Monate bedurfte; während dieser Zeit war ich überall von Bittenden umlagert. Jetzt erst sah ich das ganze Elend. Ich sah Richter, die Gesez und Gerechtigkeit verhöhnten, ich sah, wie die Polizei brutale und unglaubliche Gewaltthätigkeiten gegen Schwache verübte. Alle Bittenden waren fest überzeugt, daß es in Rußland keine Gerechtigkeit gäbe. Es schmerzte mich sehr, diese Leute vom Gegenheil nicht überzeugen zu können, aber es gelang mir doch, Hunderte von Zuchthäusern zu befreien, die jahrelang unschuldig im Kerker geschnitten hatten.

Die ganze Drenburger „noble“ Clique bestand aus den verwerflichsten Leuten, von welchen man nur mit Ekel sprechen kann. Sie trieben förmlichen Handel mit dem Geseze, wodurch es ihnen möglich war, große Reichthümer zusammenzubringen. Sie stifteten überall unsägliches Elend, gegen das sie unempfindlich sind, und wehe dem, der ihnen hindernd in den Weg tritt. Da alle diese Niederträchtigen unter sich solidarisch waren, so wurden alle ihre Verbrechen und Vergehen vertuscht. Ich warnte den Drenburger General-Gouverneur vor diesen Leuten, aber der nahm die Sache nicht ernst.

Um das Loos der Sträflinge einigermaßen zu erleichtern, forderte ich für dieselben mehr Luft und Licht, vergebens. Ich finde keine Worte, um die durch die Strafanstalt empfangenen Eindrücke zu beschreiben. Hunderte von Zuchthäusern fanden dort ihren frühen Tod. Schrecklich und schmerzhaft war es, die Jammergefalten anzusehen. In Lumpen gehüllt lagen neben einander auf dem feuchten Boden Betrunkene und Schwindsüchtige; die Zimmerbede drohte zusammenzustürzen; die mit Stüpfseilen versehenen Wände waren feucht und mit dem Blut der zerdrückten Wanzen bedeckt. Die Luft war zum Ersticken. Im Gefängniß-Lazareth sind nicht mehr als 5-6 Betten, und die Kranken wählten sich auf dem schmutzigen Boden, nicht selten neben solchen Leidensgenossen, die bei lebendigem Leibe verweseten.

Ich gestehe, daß ich hier nur einen verschwindend kleinen Theil von dem erzähle, was ich dem Minister über die vorgefundenen Zustände schrieb. Ich will noch kurz der zwei letzten Ereignisse, insolge deren man mich absetzte, Erwähnung thun. Im Städtchen Mezly-Gorodok, 50 Werst von Drenburg, befindet sich ein Gefängniß für die Katorga-Deportierten. Gefängnißverwalter ist ein wegen Plasmacherrei abgelehnter Kreisrichter, der, wie die Drenburger Behörde meinte, „für Geld zu allem fähig ist“. Man kann sich leicht das Loos der ihm anvertrauten Sträflinge vorstellen. Als ich auf meiner Revision dieses Gefängniß besuchte, erfuhr ich, daß man hier die Sträflinge en masse prügelte. Man erzählte mir, daß vor zwei Monaten auf dem öffentlichen Plage des Städtchens im Beisein des Gefängnißverwalters und seiner Gehilfen und unter Zusammenlauf einer großen Menge viele von den Zuchthäusern so geprügelt worden seien, daß sie das Bewußtsein verloren hätten. Nach dieser Prügelexekution wurden sie mit einem Strid an den Füßen gebunden und nach dem Gefängniß geschleppt. „Für uns — sagte mir einer dieser Unglücklichen — giebt es nur noch einen Trost, das ist die Hoffnung, daß uns Gott unsere auf Erden begangenen Sünden vergeben werde, wenn man uns hier so unmenslich züchtigt. Für uns ist alles verloren; es giebt für uns keine Rückkehr in das bürgerliche Leben, und darum müssen wir uns gehorsamst fügen und dulden! Wir wissen sehr gut, es wäre Unfug, uns gegen die Gefängnißbehörde zu wehren, sogar mit einem Worte. Wir sind in der Gewalt von Unmenschen und Ungeheuern, von denen unser Loos abhängt.“ Und doch konnte ich den Leuten nicht helfen. Ich stand vereinzelt, die ganze Drenburger „noble“ Gesellschaft war gegen mich.

sind erstanden, um sich der unliebhamen Menschen, welche meist politische Gegner des genannten Ministers sind, zu beiseitigen. Dreihundert dieser Opfer der Willkürherrschaft wurden zum Tode verurtheilt, von welchen auf Verwendung der fremden Consula 72 zu zehnjähriger Gefängnißstrafe „begnadigt“ wurden. Die anderen werden im Namen der „Ordnung“ und des „Rechts“ gemordet werden. Serbien verdient es, in die Reihen der „Kulturländer“ ausgenommen zu werden.

Auf Wunsch der Hamburger Liedertafel „Vassalea“ hat Genosse Jak. Rudorf, der Dichter der „Arbeiter-Marschall“, zu dem Liede: „Wie sie so sanft ruh'n.“ einen andern Text gedichtet, dessen Mittheilung auch wohl den anderen Liedertafeln erwünscht ist, und den wir deshalb nachstehend zum Abdruck bringen.

Grablied.

Melodie: Wie sie so sanft ruh'n.

Zum Reich der Gräber rief uns die Freundespflicht,
Ein theures Leben zerbrach die Todeshand.
Wie ist der Schmerz so groß,
Wenn in der Erde Schooß
Ein liebes Wesen hinab wir senken!

Die Ihr im tiefsten Weh um die Verstorb'nen weint,
Stüß Eure Thränen, sucht in der Liebe Trost!
Senkt Euer Leid hinab
In dieses stille Grab,
Wer weiß, wie bald auch schlägt uns're Stunde.

Und die Ihr trauernd nun die Hand voll Erde hebt
Thränenden Aug's hinab in diese Gruft,
Laßt jede Pietät
Stinken in Grabesnacht,
Laßt uns in Liebe der Todten gedenken!

Die gewöhnlichen Strafen in diesem Gefängniß sind folgende: Man bindet den ungehorsamen Sträfling an einen Bod und verabreicht ihm mit einer in kalzigem Wasser gewickelten Dornröhre 35-135 Hiebe. Einer unmenslichen Züchtigung unterliegen auch alle Diejenigen, die den Gefängnißwärter und seine Gehilfen zufällig einmal mit „Du“ anstatt mit „Sie“ anreden. Ueber das Gefängnißlazareth sprechen sich alle Sträflinge sehr ungünstig aus: „Dort ist, meinen sie, ein Jeder des Todes sicher!“ Der Arzt beschuldigt die Kranken der Verstellung, wofür man sie züchtigt und zur Arbeit anhält.

Selbstverständlich schrieb ich alles das an den Justizminister, und infolge dieses meines Vorgehens wurde ich als Aufwiegler erklärt und im ganzen Gouvernement als Stambalmscher vertrieben. Die ganze Clique verschwor sich jetzt gegen mich, und so wurde eines Nachts bei mir durch einen mir unbekanntem Obrist und den Drenburger Polizeidirektor in Begleitung vieler Soldaten strenge Hausdurchsuchung gehalten. Nach der erfolglosen Hausdurchsuchung, die auf Befehl der III. Abtheilung vorgenommen wurde, erklärte mir der Obrist, daß ich per Telegramm aus Petersburg von meiner Stellung als Staatsanwalt abgesetzt sei. Ich mußte mich fügen. Einige Tage nach diesem Vorfalle mußte ich — auch auf Befehl des Obristen — die Stadt verlassen, auch las ich zu meiner großen Bewunderung im „Regierungsboten“ meine Auntsentzung, die auf mein eigenes Ansuchen erfolgt sein sollte. Um meine Demission habe ich aber niemals nachgesucht. Ich begab mich sogleich (es war im Jahre 1875) nach Petersburg, um mir Aufklärung über diese Vorkommnisse zu verschaffen, aber bis heute ist es mir nicht gelungen, solche zu erlangen.

N. Pawlow-Sylwantsky,

gewesener Staatsanwalt im Gouvernement Drenburg.

Aus diesem Brief können wir nur einen Schluß ziehen, nämlich den, daß Rußland für ehrliche, menschlich fühlende Männer keine Stätte ist.

Prag, 25. März. Wiederum ist eine von jenen Sparbanken in die Brüche gegangen, die nach dem Schulze-Deitschischen System zwar wie Pilze aus dem Erdboden geschossen sind, aber in der jetzigen Nothzeit auch wie Pilze unter dem rauhen Tritt der gegenwärtigen ökonomischen Mißverhältnisse wieder verschwinden. Es ist der Bezirks-Spar- und Vorschußverein der Stadt Arnau, der den Weg alles Fleisches gegangen ist. Begreiflicherweise hatte sich der Interessenten, die sich zum größten Theil aus der Landbevölkerung rekrutiren, eine tiefe Erregung bemächtigt, und da in Geldsachen bekanntlich die Gemüthlichkeit aufhört, so ist es auch gar nicht zu verwundern, daß sich eines schönen Morgens eine nahezu aus 800 Menschen bestehende Menge vor dem Geschäftlokale des genannten Spar- und Vorschußvereins ansammelte, um über den Verbleib der Spareinlagen direkte Aufklärung zu verlangen. Was weiter geschah, will ich nach dem „Prager Abendblatt“ berichten, dem ich aber die Verantwortung für seine Mittheilungen überlassen muß.

Als Niemand von den Ausschußmitgliedern erschien, steigerte sich der Groll der Leute derart, daß er sich in Thätlichkeiten Luft machte. Namentlich erbittert zeigte sich die Menge, in welcher wild gestikulirende und lärmende Weiber das große Wort führten, gegen jene zwei Männer, welchen sie die Hauptschuld beimaß, daß ihre Ersparnisse als gefährdet zu betrachten seien, nämlich gegen den Bezirksobmann Herrn Steffan und den Vereinskassirer, den gewesenen Bezirksverretung-Sekretär Herrn Müller. Nachdem die in die Sparkassenzangelei eingedrochene Menge daselbst nichts vorgefunden, drang ein starker Haufe in die Wohnung des Herrn Steffan ein, zertrümmerte Thüren, Fenster, Einrichtungstüde etc. und verlangte unter wildem Geschrei von Herrn Steffan, der im Bette lag, die Barückzahlung der Spareinlagen. Herr Steffan wurde mit Verwünschungen überhäuft, aus dem Bette gejerrt, angespöckelt, geohrfeigt, mit Todtschlagen bedroht, die Kleider wurden ihm vom Leibe gerissen und es wäre wohl zu einer noch viel schlimmeren Katastrophe gekommen, wenn nicht rechtzeitig eine Abtheilung Gendarmerie erschienen wäre, welcher es durch gütliches Jureden schließlich gelang, die aufgeregte Menge zu entfernen. Vor der Gendarmerie war auch schon der l. l. Bezirkssekretär Herr Stumpf in Steffan's Wohnung eingetroffen, der mit den Gendarmen die gefährlichsten Angriffe auf die Person Steffan's abwehrte, so daß Letzterer an Körper und Gesundheit keinen Schaden erlitt. Aus Steffan's Wohnung hatten sich die Tumultuanten noch in jene des Vereinskassirers Müller begeben und dort gleichfalls wild gebauet. Fenster und Thüren wurden eingeschlagen, Möbel und Defen zertrümmert und Müller überall gesucht, zu seinem Glück aber nicht aufgefunden. Nachdem der aufgeregte Haufe in dieser Weise sein Rächchen gefühlt hatte, trat Beruhigung ein und kam es auch leither nicht zu weiteren Exzessen. Mittags traf der l. l. Bezirkshauptmann von Hohenelbe, Statthalterrathe R. v. Brechler, im Orte ein, ertheilte der Volksmenge Aufklärung über die Angelegenheit und beruhigte die Leute namentlich wegen der Spareinlagen.

Das „Prager Abendblatt“ theilt dann weiter mit, daß noch am selbigen Abend eine Abtheilung Militär in Arnau eintraf und daß die Ruhe dann nicht weiter gestört worden sei. Unter dem Drucke der Militärgewalt wird die „Beruhigung“ der Gendarmen wohl eine nachhaltige sein; betreffs der Spareinlagen dagegen wird das alte Sprichwort: „Wo nichts ist, hat selbst der Kaiser sein Recht verloren“ um so fester zur Geltung gelangen, als der Bezirksobmann Steffan und der Kassirer Müller am 20. März verhaftet worden sind, welcher Umstand darauf schließen läßt, daß die Herren Verwalter mit den Spareinlagen zu ihrem Nutzen nicht sonderlich sparsam umgegangen sein mögen.

Berlin, 28. März. Wegen der Auflösung der am 17. März in den Lokalitäten des „Tivoli“ einberufenen Versammlung hatte der Einberufer sich beschwerend an das Polizeipräsidium gewandt, von demselben aber den Bescheid erhalten, der Polizeileutnant habe nur im Interesse der Versammelten gehandelt, weil, da das Versammlungslokal überfüllt war, leicht ein Unglück hätte geschehen können. Mit diesem Bescheide konnte der Abgewiesene natürlich nicht zufrieden sein, und so hat derselbe sich nunmehr mit einer Beschwerde an den Minister des Innern gewandt. In derselben wird auseinandergesetzt, daß das Verfahren des betreffenden Polizeibeamten und der dieses Verfahren billigende Bescheid des Polizeipräsidiums mit dem Gesez unvereinbar sind. Es wird ferner angeführt, daß die Versammlung aus erwachsenen und dispositionsfähigen Personen bestanden habe und daß Niemand in dem starken Besuche eine Gefahr für Leben oder Gesundheit erblickte. Wäre dies der Fall gewesen, so wäre von Seite der Versammelten gewiß darauf aufmerksam gemacht worden. Wo also Niemand eine Gefahr erblickt, soll auch der Polizeibeamte nicht das Recht haben zu erklären: „Ihr seid in Gefahr, weil Ihr in zu großer Masse erschienen seid; Eure Versammlung ist aufgelöst!“ Der Beschwerdeführer weist darauf

hin, daß, wenn sich die Polizei ein solches Vorgehen gegen die Conservativen erlauben würde, dies weder diese noch der Minister gutheißen würden. Wenn der Polizei eine derartige Verfügung eingeräumt würde, könnte in Zukunft z. B. der Beamte erklären: „Die Hitze und der Tabakqualm hier im Saale wirken auf Eure Lungen zerstörend ein; die hier eingeschlossene Luft ist stinkend. Ihr könnt ohnmächtig werden, jedenfalls zieht Ihr Euch Affektionen der Athmungsorgane zu. Eure Sicherheit und Wohlfahrt ist demnach gefährdet. Die Versammlung ist deshalb aufgelöst.“ Der Minister wird ersucht, das Verfahren des Polizeibeamten für ungesetzlich zu erachten und den Bescheid des Polizeipräsidiums zu rektifiziren. Die Beschwerde ist in einem würdigen aber entschiedenen Tone abgefaßt.

Die „Volkszeitung“, deren Racher reaktionären Wind wittern, moquirte sich darüber, daß die „Berliner Freie Presse“ zu dem Erlasse des Polizeipräsidiums nichts hinzugefügt hat; sie nahm den Mund voll und meinte, daß, wenn unser Organ nichts zu sagen habe, sie (die „Volkszeitung“) dies thun würde, und nun — citirte sie den § 5 des Vereins- und Versammlungsgesezes. Selbstverständlich bedürfen wir der Unterstützung der „Volkszeitung“ nicht, da unsere Genossen es sehr gut verstehen, ihr Recht zu wahren, wie die Beschwerde an das Ministerium beweist. Es ist vorauszusetzen, daß das Ministerium einen abschlägigen Bescheid „erlassen“ wird, sowie daß die Angelegenheit selbst vor dem Landtage, wohin sie ohne Zweifel dann kommt, kein Glück haben wird. An diesen Resultaten ist aber die Partei der „Volkszeitung“, die „Fortschrittspartei“, mitschuldig, weil sie gegen die Einführung des freien Vereins- und Versammlungsrechts war und ist (siehe Unterschriftsverweigerung des Dr. Max Hirsch) und in der Polizei den besten Rückhalt erblickte. Die Fortschrittspartei hat stets mitgestimmt, wenn es galt, die Rechte des Volks zu verkümmern und zu beschneiden, und deshalb haben ihre Organe kein Recht, in heuchlerischer aber dabei sehr zahmer Weise die Polizeimaßregeln zu tadeln. Unsere Abgeordneten werden dafür sorgen, daß das Vorgehen, welches man gegen uns in Anwendung bringt, vor dem Volke in das richtige Licht gestellt wird; sie werden dafür sorgen, daß das gesammte Volk erkennt, auf welcher Seite das Recht, auf welcher die nackte Gewalt ist; sie werden aber auch dafür sorgen, dem Volke jene zu zeigen, welche der Gewalt Dorschuh geleistet, sie großgezogen haben. Unter diesen Leuten befindet sich auch die Fortschrittspartei.

Glauchau, 21. März. Die hiesige Weberinnung hatte sich der verdienstlichen aber auch mühevollen Aufgabe unterzogen, eine Lohnstatistik für Webarbeiten festzustellen. Zu diesem Behufe wurden Anfangs Oktober v. J. an sämtliche selbstständige Weber Fragebogen vertheilt. Wenn auch, wie vorauszu sehen, ein Theil der Weber nicht in der Lage war, zu jener Zeit über die Einnahmen und Ausgaben eines Jahres Bilanz zu ziehen, so war es andererseits befremdlich, daß dem Vorhaben von vielen Seiten geradezu antipathisch begegnet wurde. Andere wieder waren zu bequem, dem an sie gerichteten Ersuchen um Ausfüllung des Fragebogens Beachtung zu schenken. Und so kam es, daß bei der Abholung der Fragebogen kaum die Hälfte derselben zur Ablieferung gelangte, unter denen sich aber auch solche befanden, deren Angaben auf Glaubwürdigkeit keinen Anspruch erheben konnten. Obgleich nun die noch verbliebenen, richtig ausgefüllten und auf Glaubwürdigkeit vollkommenen Anspruch habenden Listen kaum den dritten Theil der in Glauchau existirenden Stühle und Werkstellen repräsentiren, so ist doch die Arbeit insofern nicht eine vergebliche gewesen, als aus derselben noch ein Anhalt über die Existenz der Weber und den Stand des Webergewerbes zu ziehen ist. Die zu beantwortenden Fragen bezogen sich in erster Linie auf die Zahl der Stühle in den Werkstellen, die Zahl der darauf gefertigten Stühle, den für dieselben vereinnahmten Lohn, die gehaltenen Ausgaben, die zu zahlenden Steuern, die Zahl der von dem Ertrag lebenden Familienglieder und die Zeit der Beschäftigung. 456 Listen aus der gleichen Zahl Haushaltungen mit 788 Stühlen ergaben folgendes Resultat und zwar:

| | 200 Listen mit 1 Stuhl. | 200 Listen mit 2 Stühlen. | 56 Listen mit 3 Stühlen. |
|--|-------------------------|---------------------------|--------------------------|
| höchst. Jahresverdienst niedrigerer | 826.— | 804.40 | 955.— |
| Durchschnitts-Steuer a. d. Werkstelle | 90.72 | 174.— | 210.— |
| incl. Schulgeld/drigste Sa. d. Familienglieder | 321.57 | 447.25 | 496.28 |
| höchste Werkstelle | 51.91 | 71.82 | 79.90 |
| incl. d. Familienglieder | 4.40 | 7.20 | 6.40 |
| Gesammtbetrag d. Einnahme | 64,314.09 | 89,450.88 | 27,797.57 |
| ergiebt pro Kopf v. J. p. Woche | 96.56 | 103.77 | 118.89 |
| Gesammtf. der Steuern pro Werkstelle | 2717.21 | 4971.79 | 1684.13 |
| pro Kopf | 13.58 | 24.85 | 30.07 |
| | 4.08 | 5.76 | 7.19 |

Die Stärke der Familien beziffert auf 1-8, 9 und auch 10 Köpfe. Die Arbeitspausen betragen in der großen Mehrzahl 4-5 Monat pro Jahr. Ungefähr 2 Mark also hat im Durchschnitt der Mann wie das Kind, die Mutter wie der Säugling wöchentlich zu verzehren gehabt. Daß bei einem solchen Stande der Dinge von einer Selbstständigkeit der Webermeister kaum noch die Rede sein kann, ist einleuchtend. Zwar wußten wir längst, daß die Weber im Großen und Ganzen ein elendes Dasein fristen, aber es galt endlich einmal ziffermäßig die Welt über die Thatsachen festzustellen, und das ist, so glauben wir, durch obige Zahlen gelungen. Aber nicht allein für uns haben wir die Zahlen ermittelt, auch jene mögen sie zur Kenntniß nehmen, die die Lage der Weber noch immer als eine erträgliche darzustellen dreist genug sind.

Oederan, 26. März. Am 23. März wurde hier eine von mehr als 400 Personen besuchte Volksversammlung abgehalten, in welcher Genosse Kaiser aus Dresden das Referat übernommen und sich dieser Aufgabe in bekannter Weise entledigte. Die politische und wirtschaftliche Lage Deutschlands wurde vom Redner auf das trefflichste beleuchtet und ganz besonders wurden die theoretischen und praktischen Ziele der Nationalliberalen einer satyrischen Besprechung unterzogen. Nachdem Kaiser beendet, meldete sich ein Arbeiter, Namens Rudolph, zum Wort und vertrat die Anschauungen der Conservativen. Durch die Einführung der Arbeitsbücher, welche er sehr wünsche, werde der „gute Arbeiter“ in seinem Fortkommen unterstützt und gesichert; auch wünsche er unter den Arbeitern „reine Luft“ und „fromme Sitte“ und kam zum Schlusse, daß diese schönen Dinge nur im Christenthum und durch das Christenthum zu haben sind. Nur mit Mühe konnte der Vorsitzende die Randgebungen des Unwillens der Anwesenden hintanhalten. Kaiser hatte keine schwere Mühe, den Gegner zu überlegen, was unter der lebhaftesten Zustimmung von Seiten der Versammlung geschah. Noch einmal kam Rudolph mit seiner „Entgegnung“, wurde aber von Kaiser gehörig heimgeleuchtet. Zur Charakteristik dieses Men-

*) Hier muß bemerkt werden, daß das russische Volk alle Leute — hoch wie niedrig, sogar den Kaiser — mit „Du“ anredet.

chen sei erwähnt, daß er bis 1874 sich als Sozialdemokrat gerierte, dann aber aus der Partei ausgestoßen wurde; 1877 agitierte er gelegentlich der Reichstagswahl für die Liberalen und ist jetzt Konservativer geworden. Was die Sozialdemokraten ausschneiden, ist für die anderen Parteien noch immer gut genug. Wir wünschen den Konservativen viel Glück zu diesem Gang.

Crimmitschau, 26. März. Fast unglaublich aber doch wahr ist es, daß unser Parteiorgan, der „Crimmitschauer Bürger- und Bauernfreund“, am 23. d. Mts. mit zwei freisprechenden Urtheilen beglückt wurde. In beiden Fällen waren es Lehrer, ergo „Vollbildner“, die sich an ihrer „Ehre“ gekränkt fühlten und Strafantrag stellten. Wegen eines „Eingefandts“, in welchem eines Verächters aus Meerane erwähnt wurde, nach welchem ein dortiger Lehrer einen ärgernisbringenden Umgang mit einem Schulmädchen gepflogen haben sollte, fühlte sich die Meeraner Lehrerschaft beleidigt, stellte Strafantrag und verlangte durch ihren Vertreter, den Advokat Seyler, strenge Bestrafung des Redakteurs. Dieses angebliche Verächtliche stellte sich jedoch nach der eingeleiteten Untersuchung als Thatsache heraus, die Beleidigung der Lehrerschaft konnte in dem „Eingefandts“ nicht entbedet werden und es erfolgte Freisprechung. Für das Vergnügen, einen Redakteur verklagt zu haben, dürfen die Lehrer die aufgelaufenen Kosten bezahlen. Jedes Vergnügen kostet Geld. Der zweite Fall behandelte eine Correspondenz aus Planitz, in welcher ein Lehrer beschuldigt wurde, das Rächtigungsrecht überschritten und sich gegen die Mutter des geächtigten Knaben ungebührlich benommen zu haben. Der Beweis konnte erbracht werden und erfolgte auch hier Freisprechung. Die Meeraner Lehrer sind mit dem ersten freisprechenden Urtheil nicht zufrieden und haben Berufung angemeldet, hoffentlich erfolglos.

Mannheim, 28. März. Dem Wunsche der Redaktion zufolge erlaube ich Bericht über die am 17. d. zu Eckenoblen (nebenbei bemerkt nicht in der Schweiz, sondern in der Pfalz gelegen) stattgefundene Versammlung, in welcher Dreesbach den Vorsitz führte und der Unterzeichnete über das Thema: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ referierte. Ich führte aus, daß wir mehr als jede andere Partei statt durch Gründe durch Verleumdungen und gehässige Verfolgungen belächelt würden und erklärte unsere Parteistellung gegenüber dem von feindlicher Seite verbreiteten Schlagwort: „Sie wollen theilen“ dahin, daß wir eine vernunftgemäße Arbeitsorganisation anstreben, welche jedem Arbeiter den vollen Ertrag seiner Thätigkeit sichert. Weiter kam ich noch auf den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit zu sprechen, indem ich darauf hinwies, es sei falscher Patriotismus, wenn man nur die Verherrlichung einzelner Persönlichkeiten als Maßstab der Vaterlandsliebe ansehe. Nur der habe ein warmes Herz für sein Land und seine Mitbürger, der Allen die Wohlthaten der gestifteten Gesellschaft zugänglich zu machen suche. — Auf unsere Stellung zur Schulfache übergehend führte ich aus, daß der heutige Staat für die Schule noch lange nicht das Genügende leiste, daß zwar Geld genug vorhanden sei für Ausgaben zu militärischen Zwecken, nicht aber für Unterrichtsanstalten. Unsere Ansichten bezüglich der Ehe und Familie präzisirte ich dahin, daß die Ehe ein durch Achtung und gegenseitige feste Zuneigung geheiligtes Band sein müsse, nicht aber, wie häufig genug in der heutigen Gesellschaft, nur ein verheißenes Kauf- und Verkaufsgeschäft, und brandmarkte ich die Geldheirathen als solche, die in der Folge das Familienleben zerstören; ich wies namentlich auch darauf hin, daß die jetzige Gesellschaft die Verantwortung trage für die furchtbare Pestheule der Prostitution. Der Redakteur der in Eckenoblen erscheinenden „Gegenwart“ ließ sich hierauf zu einigen Ausfällen, meist persönlicher Natur, hinreißen, wurde aber von Dreesbach und mir gebührend abgefertigt. Eine weitere Debatte veranlaßte das Eingehen einiger anderer Redner, insbesondere eines Lehrers Kuy, auf die Schulfrage. Ich benutzte diese Gelegenheit, um anzuführen, daß im heutigen Staat zwar die höheren Militärs reichlich besoldet seien, hingegen die Lehrer des Volkes zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben hätten, daß viele fähige Köpfe das Schulfach verlassen, und daß schon im Vorhinein die besseren Kräfte sich diesem Fache nur selten widmen. Ich machte namentlich darauf aufmerksam, daß Tausende von Schulstellen wegen Lehrermangel entweder gar nicht oder ungenügend besetzt seien. — Es meldete sich nun ein Herr Ochsner zum Wort und sagte: „Ich bin kein so gewandter Redner, als die Herren Dreesbach und Oppenheimer, und fordere deshalb Alle, welche mit den Herren nicht einverstanden sind, auf, den Saal zu verlassen und die Herren allein zu lassen.“ Nicht ein Behntel folgte dieser Aufforderung, obwohl etwa 500 Personen anwesend waren; der geplante Putz der Liberalen war also vereitelt durch den gesunden Sinn der Zuhörer. Nachdem dann noch die Diskussion eine kurze Zeit fortgesetzt worden, schloß Dreesbach die Versammlung, mit deren Resultat wir sehr zufrieden sein können, zumal sie den Beweis lieferte, daß auch bei indifferenten Massen sich die Wahrheit allmählich Bahn bricht.

Norden (Ostfriesland). Wie ich aus zuverlässiger Quelle erfahre, ist den Arbeitern der hiesigen Eisengießerei von Julius Meyer das Lesen von Arbeiterblättern unter Androhung der Entlassung verboten worden. Ob die Arbeiter diesem Unas keine Folge leisten werden, kann ich mit Bestimmtheit nicht sagen; charakteristisch aber ist es immerhin für das Verhältnis der Arbeiter zu den Arbeitgebern, daß ein solcher Eingriff in die Rechte der Arbeiter überhaupt möglich ist.

Rundschau.

Nr. 2 ging nach folgenden Orten in nebenstehender Anzahl:
Altona 350, Ahim 70, Apenrade 30, Aischersleben 21, Alvens-
lohe 12, Aachen 15, Ahrensburg 12, Alfeld 50, Annaberg 40,
Kugsburg 75, Barmstedt 35, Bielefeld 10, Bodenheim 30,
Breslau 30, Burscheid 25, Braunschweig 60, Berlin 50, Bochum 10,
Calau 20, Cassel 100, Calbe 40, Coblenz 15, Cöthen 26, Crefeld
15, Chemnitz 200, Connewitz 10, Duisburg 50, Delitzsch 60,
Düsseldorf 30, Ebersdorf 55, Elmshorn 50, Erfurt 20, Eberitz 21,
Eintracht 15, Ellich 10, Erlangen 25, Frankfurt a. M. 200, Flens-
burg 100, Fulda 17, Freden 25, Forst 316, Finsterwalde 15,
Fürth 115, Göttingen 7, Gleditz 50, Gelsenkirchen 80, Gollan-
ter 22, Götrow 25, Grawert 20, Gabeln 46, Gohlis 18, Gelsenau
16, Gausch 7, Hannover 100, Hanau 160, Halle 55, Hildes-
heim 50, Halberstadt 28, Harburg 50, Heide 30, Herford 30,
Hof 25, Iphoe 55, Jützbog 7, Kl. Kropenburg 30, Kiel 260,
Kellinghusen 25, Königberg 30, Kl. Arnheim 20, Kaiserlautern 20,
Lohstedt 20, Nienitz 55, Langenbielau 70, Leopoldshall-Staßfurt
50, Lemau 10, Limm 30, Neustadt 10, Lindenau 22, Vech-
hausen 70, Leipzig 10, Magdeburg 50, Marburg 7, Mölln 15,
Münden 25, Mühlheim a. Rh. 20, Mühlentau 10, Minden 20, Neu-
münster 30, Rowawitz 38, Reunhof 8, Nordhausen 20, Revisges
60, Niederrad 30, Naumburg a. S. 25, Neu-Flensburg 55, Rärn-
berg 450, Otterndorf 375, Oldesloe 20, Osnabrück 50, Ober-Beilau
10, Deberan 12, Peterswaldau 45, Pörsdam 20, Pommereh 30,
Pflaun 30, Peitz 10, Plagwitz 60, Wandsburg 53, Rostock 30,
Ritzdorf 20, Rosdorf 50, Rheda 31, Reime 30, Ronneburg 15,
Reichenbach i. S. 20, Sossenheim 35, Sorau 65, Striegau 16,

Schlewig 30, Steele 35, Sülzen a. Spremberg 15, Schweidnitz
15, Seitz 7, Seligenstadt 10, Schloßkammer 33, Solingen 100,
Schömlar 25, Tönning 15, Uelzen 20, Ueiersen 40, Verden 80,
Wandebred 80, Wäpferdors 110, Wäpfer 7, Wäpferhafen 10,
Wiesbaden 25, Wald 60, Wargen 50, Wittgenndorf 10, Wolfen-
büttel 25.

Öffentliche Quittung.

Seit dem 14. März habe ich für nachbenannte Fonds ver-
einnahmt:

- a) Agitationsfond:
Berlin von Heinrich's Begräbnis u. Rixdorf R. 1,85.
- b) Unterstützungsfond:
Hamburg Liste 2 d. Pingel 5,70; Liste 6 d. Eselsson 16,70;
Liste 10 d. Spick 7,80; v. J. Petersen's Korbmacherwerkstelle
d. Hermann 5,40; Liste 15 d. Basedow 2,40; von P. Köhler
2,40; Teuchern v. Gustav Seide 14,10; Winterhude vom Ar-
beiterfest d. Bräning 15,30; Groß-Steinheim d. W. Wäml 4,66;
Gotha d. F. Ziegler v. B. d. T. 9,00; Altona von Delmonte's
Eig.-F. 2,00; Ludwigshafen Ueberstuf d. Abendunterhaltung
der Arbeiterleute d. Stephan 3,00; Ohrdruff d. Ph. Aschenbach
5,70; Wiesbaden v. Schneider-G. d. R. Born 3,00; Erfurt
Liste 2787 d. Wolf 3,00; do. Liste 2788 6,00; do. Liste 2789
3,00; Kiel v. Schneiderwerkstelle Barfsen & Wandlinger 6,00;
do. Werkstelle v. Knaal 6,00; do. auf Listen d. Güt 20,00;
Gaarden d. Haase 2,50; Landau v. Ph. Pfalzgraf 3,00; Berlin
v. F. R. u. R. u. R. Pope 3,00; v. Rohrenclub 10,00; v.
R. Reichthorstr. 1,60; v. Bonath's C.-F. d. Löwendorff 3,55;
Abon. Althordtmannsdorf 2,00; Schusterius in Gumbinnen 5,00;
Spremburg Liste 1 durch Einhold 7,10; Bodenheim v. Colleg
Bruderfette d. Stail 10,00; Großhain d. R. Redam 15,71;
Reichstadt b. Hanau d. Ph. Haberl 4,00; Forchheim d. Ruff
9,00; do. 2,00; Steinwärd d. Wittenberg v. Arbeiterfest 13,38;
Ottensen vom Quartett Eintracht d. Harold 14,30; Brandenburg
v. mehreren Eig.-Fabriken d. A. Bals 8,45; Leutersdorf durch
H. F. Weber 2,00; Wolfenbüttel vom Gewerkschaftsfest durch
A. Dietrich 5,70; Nieder-Ernsdorf v. Volksw. d. C. Klingberg
7,50; Cassel d. J. Meise 28,00; Schmolln d. Jul. Martin 3,50;
Duisburg d. Buschmann 3,65.

- c) Wahlfond:
Hof v. Parteigenossen d. R. u. W. 20,00; Baden Liste 2749
d. R. 7,50; Harburg Liste 2998 d. D. 16,35; do. 2. 2996: 6,40;
do. 2997: 14,00; Hamburg v. W. B. 1,00; do. v. Justus
Eigargenfabr. 23,80; do. v. Maurern in den Colonnaden d. Böhme
26,90; do. Liste 1 d. Uch 5,00; do. d. Dralle, Versammlung
Pöfeldorf 7,58; Reichenbach i. B. d. R. Müller Liste 3062—3064:
31,75; Steele auf 2 Listen d. A. Hellbach 6,00; Friedrichstadt
Liste 4321, 4808 u. 4809 d. C. J. Hage 12,10; Cöpenick d.
W. Schmidt 6,00; Lauenburg a. E. auf Liste d. J. Butenschön
16,45; Osnabrück auf Listen d. L. Sundorf 50,00; Stuttgart
d. W. Rieger 13,85; Ernstthal v. D. B. d. F. R. Claus 3,00;
Weißburg d. C. Nigloff 1,50; Berlin Richter's Tischlerw. 3,50;
d. Gode 3,05; Liste 16 d. Bähler 9,90; v. Vorfig's Arbeiter
12,40; v. Bonath's Eig.-F. d. Löwendorff 3,50; Schusterius-
Gumbinnen 5,00; Bochum Liste 4359 u. 4759 d. Speer 17,60;
Duisburg-Gochfeld Liste 3248 v. einem Hüttenwerke d. Ehrhardt
21,60; Königsberg d. C. Just 1. Rate 18,00; Hanau d. Carl Graf
33,50; Gersbacht Liste 4819 d. Mend 20,10; Gera Liste 2845
d. Böttger 1,50; Verden Liste 2931—2933 d. Freubird 52,45;
Coblenz Liste 4783 d. F. E. Ulrich 10,50; Klein-Steinheim d.
R. Braun 6,00; Weimar Liste 3115 d. Wag Haupt 6,35; Jfer-
lohn d. W. Jagfeld 3,00; do. d. F. Cieberg 5,55; do. d. den-
selben 4,64; do. d. H. Korwelslöh 0,50; do. v. H. Stellung 1,00;
Altona Liste 3797 d. Krohn 12,80; do. Liste 2 d. Colp. Lensch
20,36; Liste 3 d. Brauer 8,80; Liste 4 d. Müller 19,00; Liste
5 d. Gerhard 14,00; Liste 6 d. Schnohr 7,60; Liste 7 d. Reher
30,30; Liste 8 d. W. Baetde 12,95; Liste 9 d. Rave 10,00;
Liste 10 d. Frau Haß 3,95; Revisges Liste 2873 d. C. Schmidt
16,25; do. 2871: 3,20; Greiz auf Liste d. Karl Treuter 30,00;
Halberstadt auf 2 Listen d. A. Kruhl 8,25.

Hamburg, 31. März 1878.
August Weib, Rüdigsmarkt 12.

Allgemeiner deutscher Schiffszimmererverein.

Der Strike der Schiffszimmerer in Bremerhaven und Geestemünde
hat nunmehr nach allmählichem hinständlichem Kampfe sein Ende
erreicht; die Arbeit wurde, nachdem eine Vereinbarung zwischen den
dortigen Schiffszimmerern und Schiffbauern betrefend des Ausleihsens,
welches nur im höchsten Nothfall gelten soll, zu Stande kam, am
26. März wieder aufgenommen. Eine spezielle Abrechnung über diesen
gewaltigen Strike, der die Summe von über 30,000 Mark erforderte,
werden wir allen denjenigen Gewerkschaften zu senden, die uns in diesem
Kampfe mit zur Seite standen. Die Versicherung, daß die betreffenden
Gewerkschaften auf unsere Hilfe rechnen können, falls sie je in eine ähn-
liche Lage kommen sollten, brauchen wir wohl nicht erst zu geben.
J. A. des Vorstandes des Allg. deutschen Schiffszimmerervereins:
D. Groß.

Anforderung.

Sämmtliche Vorstände der Gewerkschaften, welche in Magdeburg
noch nicht vertreten sind, werden aufgefordert, behufs Errichtung einer
Fiskale hierseits, die betreffenden Statuten u. s. w. einzusenden.
Die Commission der vereinigten Gewerkschaften in Magdeburg:
J. A. Gustav Lichtenberg, Peterstraße Nr. 12, Tischler-Berthe.

Aufforderung.

Alle Genossen werden ersucht, uns über den gegenwärtigen Auf-
enthaltort eines gewissen Karl Kuhn, Schreiner, gebürtig aus Naila
(Bairern), Auskunft zu geben, falls ihnen derselbe bekannt sein sollte.
Kuhn hat unsern Verein um eine bedeutende Summe Geldes betrogen.
Für den Arbeiterbildungsverein St. Gallen:
Peters, Sekretär.

Briefkasten.

der Redaktion. Sch. in Kiel: Ihr freundliches Anerbieten
dankebar acceptirt. — R. in H.: Schreiben Sie weniger viel und
über mehr allgemein interessirende Dinge, dann sind uns Ihre Corre-
spondenzen erwünscht. Das Manuscript können wir Ihnen nicht zu-
stellen, da Sie uns Ihre Adresse nicht angegeben haben.

Fond für Gemahregelte.

Bon E. Strich hier 1,00.

Leipzig, Dienstag, den 2. April, Abends halb 9 Uhr, bei
Leipzig, Michail, Windmühlentrasse 7:

Sozialistenversammlung.

Tagesordnung: Innere Parteianglegenheiten. Referenten: A. Weib
und A. Braach aus Hamburg. [80]
Parteilisten sind vorzugeben. Der Agent.

Leipzig. An unsere Abonnenten.

Wir bringen hiermit zur Kenntniß, daß unsere
Colporteurs angewiesen sind mit der dritten Nummer
des „Vorwärts“ und der zweiten Nummer der
„Neuen Welt“ des zweiten Quartals den Abonne-
mentsbetrag zu kassiren.

Da für Herrn Ulrich vom 1. April ab Herr Bösch die
Ausstragung besorgt, so ersuchen wir, falls der eine oder andere
Abonnent durch die Veränderung sein Blatt nicht oder nicht
rechtzeitig erhalten sollte uns freundliche Mittheilung zu machen.
Die Expedition des „Vorwärts“ und der „Neuen Welt“.

Arbeiter-Verein.
Ottensen, Donnerstag, den 4. April, Abends 1/2 9 Uhr, in
Barmeisters Salon 1 Treppe: [70]

Öffentliche Versammlung.

Tagesordnung: Communalangelegenheiten und Fragekasten.
F. Beerhold.

Für Männer-Chöre.

Im Verlage von Emil Sauersteig in Gotha ist erschienen:

Lieder-Sammlung

des
Allgemeinen Arbeiter-Sängerbundes.

Lieferung III.

Nr. 6. „Roth.“ Ged. v. Carl Weiser. Comp. v. G. Scholz. Op. 18.
Nr. 7. „Fahnenlied.“ Ged. v. A. Weib. Comp. v. G. Scholz. Op. 10.
Preis pro Lieferung Partitur mit 4 Stimmen Mark 1,60,
4 Stimmen R. 1,20. (2a) [3,90]

Sieben erschien in unserem Verlage:

Die Verfassung des Deutschen Reichs,

mit einem Anhang, enthaltend:
Das Deutsche Reichs-Wahlgesetz und Reglement zu demselben.
Separat-Abdruck aus der Gratis-Beilage zur „Berliner Freien Presse“.

Preis 30 Pfennige.
Da die einzelnen Paragraphen mit ausgezeichneten Commentaren
versehen sind, so können wir diese Brochüre gleichzeitig besonders zu
Agitationszwecken empfehlen.

Allg. deutsche Associations-Buchdruckerei,
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 8a.

Zur Notiz!

Wir bedauern, Bestellungen auf das erste Quartal der „Neuen
Gesellschaft“ nicht mehr effectuiren zu können, da Heft 2 und 3 trotz
der veranstalteten hohen Auflage gänzlich vergriffen sind. Dagegen
sind wir noch im Besitz eines kleinen Restes des letzten (zweiten) Quar-
tals, auf welches wir Bestellungen jederzeit entgegennehmen.

Somit neuen (dritten) Quartal ab ist die Auflage wiederum bedeu-
tend erhöht worden, so daß wir den umfangreichsten Austragen ge-
nügen können.

Zürich. Verlag der „Neuen Gesellschaft“.

Die „Berliner Freie Presse“.

Organ der Berliner Sozialdemokraten,
erscheint täglich (mit Ausnahme des Montags); Sonntags mit der
prachtvoll illustrierten Gratisbeilage:

Die Neue Welt.

Abonnements-Bedingungen: Durch die Post bezogen exl.
Bringerlohn, vierteljährlich R. 4,00. In Berlin abonniert man bei
allen Zeitungs-Expeditoren unter den bekannten Bedingungen; pro
Quartal 4 R., pro Monat 1,35, pro Woche 35 Pf. frei ins Haus.

Inserate finden die weiteste Verbreitung und kostet die fünfgepal-
tene Zeitzeile nur 25 Pf., Arbeitsmarkt 10 Pf.

In der Postzeitungs-Preisliste pro 1878 ist unser Blatt unter
Nr. 569 eingetragen.

Die Expedition der „Berliner Freien Presse“.
Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-Platz Nr. 8a.

Armer Conrad.

Preisherabsetzung.

Um mit dem Reste desselben zu räumen, ist der
Preis auf 20 Pfg. für geheftete, und 40 Pfg.
für gebundene Exemplare herabgesetzt.

Bei Bezug von 10 Expl. und darüber Rabatt.

Bestellungen sind zu machen bei der Associations-
Buchdruckerei in Berlin SO., Kaiser-Franz-Grenadier-
platz 8a., sowie der Genossenschafts-Buchdruckerei in
Leipzig, Färberstraße 12.

Abonnements-Einladung.

Mit dem 1. April beginnt ein neues Abonnement auf

Die Fackel.

Volk's-Organ für Leipzig und Umgegend.

Dieses seit dem 1. Januar v. J. wöchentlich dreimal er-
scheinende Blatt vertritt auf Grund des sozialistischen Programms die
Interessen des arbeitenden Volkes nach jeder Richtung. Es enthält in
jeder Nummer außer einem Leitartikel eine politische Uebersicht, die
wichtigsten Lokalnachrichten, Theaterrecensionen, Correspondenzen aus der
Umgegend, Berichte über die Gemeinderathssitzungen, die Ständesamts-
nachrichten, den Eisenbahnfahrplan etc.; ebenso ist im Feuilleton für
gute Unterhaltungsgeschichte gesorgt. — Inserate, welche bei dem großen
Leserkreise des Blattes von ausgezeichneter Wirkung sind, werden pro
Zeile nur mit 10 Pf. berechnet. — Alle Postanstalten nehmen
Abonnements auf unser Blatt zum Preise von 1 R. 60 Pf. pro Quartal,
60 Pf. pro Monat, entgegen. — Zu zahlreichem Abonnement, sowie zur
Einblendung von Inseraten laden ein

Redaktion und Expedition der „Fackel“,
Leipzig, Kl. Fleischergasse 15.

Durch uns ist zu beziehen:

N. Tchernyehewsky: L'Économie politique
jugée par la science,

critique des principes d'économie politique de John Stuart Mill.

492 pages. Prix 1,50 M.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig
Redaktion und Expedition Färberstraße 12. II in Leipzig.
Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.